

gegen die liberal-radikale Mehrheit“ (311). Er ist im Zweikammersystem unter anderem für den Schutz von Minderheitsansichten zuständig. Berühmtberühmt ist die Schweiz für ihre direkte Demokratie, eine gar nicht so alte Tradition: So besteht beispielsweise erst seit 1949 ein resolutives Referendum, das Bundesbeschlüsse nachträglich aufzuheben vermag. Die 2003 eingeführte allgemeine Volksinitiative wurde bereits 2009 wieder abgeschafft. Ein starkes Kapitel ist *Vatters* Einschätzung des Wirkens direkter, materieller Beteiligung auf die Staatstätigkeit: Er folgt der verbreiteten Annahme eines Bremseffekts, er attestiert den Volksrechten nicht die teilweise in der Literatur konstatierte Funktion eines „Gaspedals“ (363), auch nicht in den Kantonen (366). Es gibt keinen „Robin-Hood-Effekt“ zugunsten stärkerer Umverteilung, hingegen den Effekt der kurzfristiger Konfliktregulierung („Ventil“). Trotz hoher Kosten erzeuge die direkte Demokratie eine bessere Information und eine höhere Lebenszufriedenheit der Bürger als eine rein repräsentative Demokratie (372). Policy-Stabilität verbinde sich mit Innovationsfähigkeit. Im Kapitel zum Föderalismus unterstreicht *Vatter* die Balance zwischen kantonaler Freiheit (zur Organisation, die keiner Kontrolle unterliegt) und dem zentral geregelten Finanzausgleich (435). Manche Kantone haben übrigens nie eine Bundesverfassung (weder die von 1848, die von 1874, noch die veränderte von 1999) angenommen (401). Interkantonalen Vereinbarungen misst der Autor hohe Bedeutung bei. In Streitsachen ist das Bundesgericht zuständig, das – wie viele oberste Gerichte weltweit – unter steigender Arbeitsbelastung leidet (482). In den letzten Jahren ist eine Zunahme politikgestaltender Urteile zu verzeich-

nen, etwa zum Einbürgerungsverfahren (502), wie sie auch in Deutschland mehr und mehr vorkommen. Über die – historisch bedingte – europakritische Mentalität vieler Schweizer erfährt der Leser nichts. Beim internationalen Vergleich hätte sich der Rezensent Hinweise zu der Idee gewünscht, die Schweiz als Bild eines europäischen Staatsgedankens zu sehen. Der Ablösungsvorbehalt der eidgenössischen Bundesverfassung („Revisionsermächtigung“) müsste dem vielerorts angemahnten Legimitätsdenken zupasse kommen. Um *Vatters* Kompendium, das durch mehrere Register und Verzeichnisse leicht zu erschließen ist, kommt die mit der Schweiz befasste akademische Welt nicht herum; die Öffentlichkeit mag sich ein knapperes Werk gewünscht haben.

Sebastian Liebold

Mazower, Mark. *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte 1815 bis heute*. München. Verlag C.H. Beck 2013. 464 Seiten. 27,95 €.

„Die Idee einer Weltregierung ist ein Traum von gestern“ (430) – mit dieser Diagnose ganz am Ende seines Buches resümiert der in New York lehrende Historiker seine Geschichte der Vorstellung von einer Regierung der Welt. Er beschränkt sich dabei auf die durch intellektuelle Kreise und internationale Organisationen im 19. und 20. Jahrhundert beobachtbaren Versuche, Modelle koordinierter Herrschaft zu formulieren und umzusetzen. Es sind unterschiedliche Internationalismen, so die Grundthese des Buches, die hier historisch aufeinander folgen, sich überlagern und teilweise auch in scharfem Gegensatz zu einander stehen. Eher im-

plizit verbinden sich staatliche Politiken mit diesen Internationalismen, vor allem in Bezug auf ihren Umgang mit internationalen Organisationen.

Im ersten Teil seines Buches, überschrieben als „Das Zeitalter des Internationalismus“, stellt *Mazower* für das 19. Jahrhundert drei solche Bewegungen heraus, die sich allesamt gegen die konservative Allianz der Kongressdiplomatie Kontinentaleuropas stellten. Das ist zum einen der linke Internationalismus, der sich 1864 in der ersten Kommunistischen Internationale institutionalisiert. Mit dem Gegensatz „Marx gegen Mazzini“ stellt *Mazower* dann den paradox wirkenden Internationalismus der Völker als zweites Modell heraus, das sich vor allem aus dem nationalistisch werdenden Bürgertum Europas speiste. Der dritte Internationalismus ist *Mazower* zufolge der liberale, der sich im Verein mit philanthropischen Bewegungen nicht nur für den Freihandel, sondern auch für die Durchsetzung parlamentarischer Politik und gegen nationalistische Tendenzen aussprach. *Mazower* berücksichtigt dabei ebenfalls die liberale, anti-nationalistische Argumentation für den Erhalt von Imperien, wie sie sich etwa in der Haltung Lord Actons wiederfand.

Im zweiten Teil seines Buches schreibt *Mazower* unter der Überschrift „Weltherrschaft auf Amerikanisch“ zunächst einen Prozess, der dieser Überschrift widerspricht. Denn seiner Analyse zufolge lassen sich durchaus Erfolge des Völkerbunds in der Durchsetzung von Vorstellungen der Weltregierung ausmachen. Sie bestehen wie auch in anderen internationalen Organisationen in der Etablierung von Expertenherrschaft und der Durchsetzung von Standards sowie in der Schaffung eines Personals, das sich

habituell auf Vorstellungen des internationalen Regierens einschwingt. Das Aufkommen neuer Wissenschaften, neben den Ingenieurwissenschaften auch der Geographie und der Sozialwissenschaften, sieht *Mazower* ebenfalls als einen Beitrag zur entstehenden Vorstellung, über technische Lösungen globale Probleme zu lösen.

Etwas überzogen erscheint deshalb die starke Zurechnung des Internationalismus nach 1945 auf das Machtstreben der USA, die, so *Mazower*, mit wechselnden Erfolgen versuchten, sich die UN-Agenturen und andere internationale Organisationen unterzuordnen. Hier wirkt *Mazowers* Blick unerklärt einseitig, so plausibel auch manche Episoden der US-amerikanischen UN-Politik dargestellt werden. Es ist insbesondere die Interpretation der Entwicklungspolitik als mehr oder weniger reine US-amerikanische Interessenpolitik, die sich zugleich auf technokratische Utopien und philanthropischen Idealismus stützte. Doch hier vernachlässigt *Mazower* die Macht, die die Idee der Entwicklung als leitende Vorstellung in den nachkolonialen Staaten bereits erlangt hat. Entsprechend knapp fällt die Darstellung der Politik nachkolonialer Staaten und der europäischen Regierungen zur – ebenfalls nicht interessellosen – Institutionalisierung internationaler Politik aus.

Es überrascht dann wenig, wenn *Mazower* am Ende des Bandes auch wenig Gutes an der Politik der EU erkennen mag, die er im Wesentlichen durch Gerichtsbarkeit und Komitologie angetrieben sieht. Seine eigentliche Kritik der Gegenwart richtet sich aber an den humanitären Internationalismus, der sich von nur notdürftig erreichten Standards des Völkerrechts wieder ver-

abschiedet und mit einer erweiterten Expertenherrschaft einhergeht.

Trotz der erwähnten Einseitigkeit bezogen auf die USA lohnt sich die Lektüre des Bandes. Denn *Mazower* legt hier einen der noch seltenen Versuche vor, die historische Soziologie der internationalen Politik fortzuschreiben. Anders als einige Vorgänger hebt *Mazower* nicht allein die Intellektuellen hervor, die die Vorstellung einer Weltregierung in unterschiedlicher Gestalt verbreitet haben. Am überzeugendsten ist seine Darstellung dort, wo er die entscheidenden Organisatoren, die Mitarbeiter der Stäbe und Organisationen und ihre zeittypischen Haltungen analysiert. Die Stärken des Bandes liegen dabei besonders auf der Zeit des Völkerbunds, mit der sich *Mazower* auch in anderen Werken intensiver beschäftigt hat. Sein Überblick kann zwar nur andeuten, wie weit man kommt, wenn man die Politik internationaler Organisationen desaggregiert. Aber es wird doch deutlich, dass das Personal der Apparate und die transnationalen sozialen Bewegungen vielleicht wichtigere Trägerschichten dieser Politik sind als die meist isoliert betrachteten nationalen Regierungen. So bietet *Mazower* für die Disziplin Internationale Beziehungen trotz mancher holzschnittartiger Thesen eine anregende Lektüre, die der Historisierung und Soziologisierung ihrer Gegenstände gute Argumente liefert.

Klaus Schlichte

EUROPÄISCHE INTEGRATION

Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hrsg.). *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld. transcript Verlag 2014. 304 Seiten, 24,99 €.

In europapolitischen Analysen sind Governance- und Multi-Governance Ansätze dominant, dennoch gibt es alternative Perspektiven auf den Prozess und die Auswirkungen europäischer Integration. In ihrem jüngst erschienenen Sammelband befasst sich die *Forschungsgruppe* „Staatsprojekt Europa“ mit dem Themenfeld der europäischen Migrationspolitik aus einer historisch-materialistischen Perspektive. Zentral bei der Analyse ist die Kritik an der politischen Herrschaft (21). Hierbei verwenden die AutorInnen eine materialistische Staatstheorie mit Rückgriff auf die gramscianische Hegemonietheorie (31), um die europäische Migrationspolitik zu beleuchten. Die Analysen profitieren von einem breiten disziplinären Spektrum der Sozialwissenschaften der involvierten Forscherinnen und Forscher.

Im theoretisch-methodischen ersten Abschnitt des Sammelbandes identifizieren *Sonja Buckel*, *Fabian Georgi*, *Jens Wissel* und *John Kannankulam* verschiedene europäische politische Hegemonieprojekte für den Prozess der europäischen Integration, welche den Rahmen für die späteren Analysen bilden. Die AutorInnen unterscheiden an dieser Stelle zwischen hegemonialen Projekten, welche schon Hegemonie erreicht haben, und Hegemonieprojekten, welche noch nicht hegemonial sind beziehungsweise auch nicht sein müssen (44-45). Hierzu gehören die neoliberale